



Aufruf des Pankower Aktionsbündnisses für Kinder und Jugendliche

47 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche im Bezirk Pankow droht das AUS.
Hinzu kommen noch weitere Sozialeinrichtungen für Erwachsene.

Betroffen sind Schülerclubs, Abenteuerspielplätze, Kinderbauernhöfe, Spielzentren, Werkstätten und andere Freizeitangebote. Betroffen sind vor allem etwa 3.000 Kinder und Jugendliche, die regelmäßig von diesen Angeboten Gebrauch machen. Und deren Familien.

Betroffen sind letztlich wir alle. Die Erfahrung zeigt, dass jeder bei der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Vorsorge eingesparte Euro ein Vielfaches an Folgekosten bedeutet für Einzel-fallhilfen, Heimunterbringungen, Jugendgerichtshilfe ...

Die genannten Einrichtungen werden vom Bezirk mit etwa 2 Millionen Euro jährlich gefördert. Bei einem Gesamthaushalt von 580 Millionen und einem Defizit von 30 Millionen fallen diese Einsparungen kaum ins Gewicht. Zumal es die einzigen Einsparungen sind, die der Bezirk plant.

Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin wird aufgrund der Vorlage des Senats von Berlin am 10. Dezember 2008 voraussichtlich eine unbefristete Haushaltssperre für Pankow beschließen. Damit stehen Einrichtungen der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit ab dem 1. Januar 2009 im Aus.

Mit der Verweigerung der Mittel für freie Träger werden Werte und Ressourcen in unschätzbare Höhe vernichtet, die durch Eigeninitiative der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Jugendlichen und ihrer Eltern über Jahre entstanden sind. Ebenso die investierten öffentlichen Fördermittel.

Das Aktionsbündnis fordert die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker im Bezirk und im Senat auf, die Schließung der Kinder- und Jugendeinrichtungen nicht zu beschließen. Dafür werden wir am 10. Dezember 2008 um 17:00 Uhr, dem Tag der Abstimmung, vor dem Bezirksamt Pankow unser Gesicht zeigen. Die Demonstration beginnt um 15:30 Uhr am U-Bahnhof Eberswalder Straße bzw. um 16:30 Uhr am S-Bahnhof Prenzlauer Allee!

Wir rufen Kinder und Jugendliche und alle direkt oder indirekt betroffenen Bürgerinnen und Bürger dazu auf, diesen Aufruf durch ihre Unterschrift und ihre Teilnahme an Protestveranstaltungen zu unterstützen.